

Am 20. Mai fand zeitgleich mit außerordentlichen Kommunalwahlen in der Wojewodschaft Podlasie ein Referendum statt, in dem die Bevölkerung über den Verlauf der geplanten Umgehungsstraße abstimmen konnte. Das Referendum hatte die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit PiS auf den Weg gebracht, die die dafür notwendigen 50.000 Unterschriften in der Region sammelte. 90 Prozent der Teilnehmer an dem Referendum stimmten dem geplanten Bau der „Via Baltica“ durch das Rospuda-Tal zu, vor allem um eine schnellstmögliche Entlastung des innerstädtischen Straßenverkehrs zu erreichen, der eine große Belastung und Gefahrenquelle für die Bevölkerung darstellt. Sie unterstützten damit Premierminister Jarosław Kaczyński (PiS), der die Bedeutung der Ver-

kehrsanbindung für die wirtschaftliche Zukunft Polens unterstrich. Im Auslandsdienst des polnischen Rundfunks sagte er: „Es gibt keine Gründe, hier nicht zu bauen. Die Einwände sind alle konstruiert, aber wenn wir uns ihnen anschließen, dann erklären wir uns einverstanden damit, unsere Chancen nicht zu nutzen.“

Da allerdings nur 20 anstatt der benötigten 30 Prozent der Wahlberechtigten an dem Referendum teilnahmen, hat das Referendum keine Gültigkeit. Auch bei Erreichen des Quorums hätte es jedoch keine bindende Wirkung gehabt. Die endgültige Entscheidung durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs über den Bau der Teilstrecke steht noch aus.

DIE BALTISCHEN LÄNDER: ESTLAND, LETTLAND UND LITAUEN – DIE ENERGIEABHÄNGIGKEIT VON RUSSLAND STEHT IM VORDERGRUND

Andreas von Below

KLIMAWANDEL WIRD NICHT ALS VORDRINGLICHES PROBLEM GESEHEN

Das Thema des Klimawandels und dessen Folgen gewinnt in den Baltischen Ländern Estland, Lettland und Litauen erst nach und nach mehr Aufmerksamkeit. Es steht aber eindeutig nicht an der vordersten Stelle der politischen Agenda. Vielmehr hat die Verbesserung der ökonomischen Situation durch kräftiges Wirtschaftswachstum bei den meisten Bürgern und bei den politischen Akteuren eindeutige Priorität. Es wird eine Angleichung der Lebensverhältnisse an das hohe Niveau Westeuropas angestrebt. Darüber hinaus spielt die Frage der Energiesicherheit vor dem Hintergrund der sehr starken Abhängigkeit der Energielieferungen von Russland eine weit größere Rolle als die Frage des Klimaschutzes.

KLIMAWANDEL IST EIN THEMA FÜR EXPERTEN

Die Problematik des Klimawandels wird überwiegend von Experten, einigen aktiven Nichtregierungsorganisationen und einem kleinen Kreis von engagierten Politikern diskutiert. Beispielfhaft sei eine Zusammenfassung von lettischen Experten erwähnt, die sich aus einem staatlichen Forschungsprogramm zur Abschätzung der Klimawandels für Lettland ergeben: Man bemüht sich dabei, kurzfristige, mittelfristige sowie

langfristige Auswirkungen auf Wasserqualität und Ökosysteme abzuschätzen. Ebenso sollen Anpassungsstrategien und Maßnahmen zum Erhalt des ökologischen Gleichgewichts entwickelt werden. Im Interview mit einer Expertin des lettischen Umweltministeriums sind die Hauptgesichtspunkte zusammengefasst: Der Klimawandel wird wahrscheinlich marine hydrodynamische und littorale Faktoren beeinflussen (z.B. Wellenformation, Meeresspiegel, Schlickbewegungen). Dies ist von besonderer Wichtigkeit, da mehr als die Hälfte der Bevölkerung Lettlands in Küstennähe lebt. Der Klimawandel würde außerdem den Salzhaushalt der Ostsee beeinflussen. Abwasser- und Regenwasserkanalisationen könnten durch heftige Regenfälle, Hochwässer und erhöhte Grundwasserspiegel sehr viel regelmäßiger überlaufen. Diese Probleme wiederum könnten dazu führen, dass Abwasser unbehandelt in Flüsse und Seen abläuft. Außerdem könnten Wohnhäuser und Verkehrswege gefährdet sein. Die Wasserversorgung durch Oberflächengewässer und oberflächennahes Grundwasser könnte vom Klimawandel aufgrund möglicher Überflutungen bzw. Trockenperioden besonders betroffen sein. Dies würde insbesondere die dicht besiedelte Hauptstadt Riga betreffen, die zum Teil durch Oberflächenwasser versorgt wird. Die Trinkwasserversorgung aus tiefem Grundwasser, der häufigsten Trinkwasserquelle in Lettland, wird hingegen weniger vom Klimawandel beeinflusst werden.



Die starke Abhängigkeit von Energielieferungen aus Russland spielt in der öffentlichen Wahrnehmung eine größere Rolle als der Klimawandel.

Im Mai 2007 hat das litauische Institut für Ökologie die erste Studie zu den potentiellen Folgen des Klimawandels für Litauen vorgelegt. Eine Veränderung der Temperatur lässt sich vor allem im Winter feststellen. Die mittlere Jahrestemperatur ist im Rahmen der zwei letzten Jahrzehnten um 0,6 Grad angestiegen, und die Temperatur während der kalten Jahreszeit – um 1,0 Grad. Darüber hinaus gibt es im Winter mehr Niederschläge, hingegen sind die Niederschläge im Sommer geringer geworden. Die reale Gefahr einer Erhöhung des Wasserstandes und damit einhergehend die Gefahr einer Küstenerosion steht auch in dieser Studie im Vordergrund.

Einige estnische Wissenschaftler können der Erwärmung aber durchaus auch positive Seiten abgewinnen. So erhofft man sich in diesem nördlichen Land Einsparungen bei den Heizkosten und bessere Ernten durch eine Verlängerung der Vegetationszeiten.

REAKTIONEN AUF DEN STERN-BERICHT

Was den Bericht der britischen Regierungsberater Sir Nicholas Stern und die veröffentlichten Teile des IPCC-Berichts anbetrifft, so werden die Ergebnisse unterschiedlich gewertet. Bezüglich des Stern-Reports heben die Wirtschaftsexperten des litauischen „Instituts des Freien Marktes“ hervor, dass es sich hier um eine quantitative Analyse handelt, bei der aber nur die ungefähren Angaben, Zahlen etc. vorgelegt werden. Kritisiert wird besonders, dass trotz der Ungenauigkeit der Analyse exakte Zahlen bei den Ausgaben für den Klimaschutz genannt werden. Die Wirtschaftsexperten des „Instituts des Freien Marktes“ kritisieren den Vorschlag von Stern, 1 Prozent des globalen BIP heute in den Klimaschutz zu investieren, um in der Zukunft die Aufzehrung von 20 Prozent des globalen BIP durch die Klimaerwärmung zu vermeiden. Die Wirtschafts-

experten stimmen der Ansicht der UN-Experten zu, dass es nicht genug sei, nur 1 Prozent des globalen BIP in den Klimaschutz zu investieren. Nötig seien vielmehr Investitionen in Höhe von 5 Prozent des globalen BIP.

Die litauischen Klimaforscher und Finanzexperten schließen sich der Ansicht Sir Nicholas Sterns an, dass der Prozess des Klimawandels in einer rasanten Geschwindigkeit verlaufe, gefährlich sei und die nötigen Maßnahmen möglichst schnell eingeleitet werden müssten. Allerdings gibt es bisher nur wenige Projekte und Gesetzesinitiativen zur Schadstoffreduzierung der Luft, die über die von der EU geforderten Standards hinausgehen. Immerhin wurde Mitte Mai 2007 mit Unterstützung der EU in Riga unter Anwesenheit des EU-Kommissars für Energie, des Letten Andris Piebalgs, die erste lettische Energieagentur eingerichtet, mit deren Hilfe eine Verbesserung der Energieeffizienz bei öffentlichen und privaten Energieverbrauchern erzielt werden soll.

UMWELTBEWUSSTSEIN WÄCHST ERST LANGSAM

Für das Bewusstsein der breiten Bevölkerungsschichten ist eine Umfrage von Interesse, die in diesem Jahr in Litauen durchgeführt wurde. Aus ihr geht hervor, dass sich die überwiegende Mehrheit kaum für Umweltprobleme und den Klimawandel interessiert. Weniger als 6 Prozent der litauischen Bevölkerung zeigen nach dieser Umfrage Interesse an Umweltschutzthemen. Die Eltern veranlassen etwa ihre Kinder in der Regel nicht dazu, sich für Umwelt- und Klimaschutz zu interessieren. Nicht nur der älteren Generation sondern auch der Jugend fehlt das Grundwissen zum Umweltschutz, zu umweltfreundlichen Industrie etc. Aus diesem Grund wurden erstmals in Litauen Initiativen zur Umweltbildung von Kindern und Jugendlichen gestartet. Ende Mai 2007 wurde in den litauischen Schulen erstmalig ein Umweltprojekt durchgeführt, mit dem Ziel, die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung vorzustellen sowie die Schüler zu veranlassen, die Umwelt zu schützen und einen Beitrag zur Verbesserung von Umweltwissen zu leisten. Die Träger dieses Projektes waren das Umweltministerium, das Ministerium für Bildung und Wissenschaft sowie die litauische Industrieinitiative „die Grüne Generation“.

Ein ähnliches Bild ergibt sich auch in den Ländern Estland und Lettland, auch wenn hier in den Schulen schon mehr Umweltbildung etabliert ist. Die Folgen des Klimawandels werden von der breiten Bevölkerung noch nicht als bedrohlich wahrgenommen. Allerdings wird gerade in jüngster Zeit das Thema in den Medien verstärkt aufgegriffen und auf die akuten und langfristigen Gefahren hingewiesen.